

# Im Rat: Das Ende der Flughafenpläne

Am Betrieb in Holtenau mit der „gegenwärtigen Infrastruktur“ soll festgehalten werden – Außerdem: In Kiel könnte es heller werden

**Kiel – Das umstrittenste Bauprojekt der vergangenen fünf Jahre in Kiel und Umgebung wird morgen im Rat (ab 15 Uhr, Ratssaal) endgültig beerdigt: Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz bringt eine Beschlussvorlage ein, wonach nach dem Land auch die Stadt das Flughafen-Ausbauverfahren beenden soll.**

Von Martina Drexler

Gleichzeitig, betont sie, soll am Flugbetrieb in Kiel-Holtenau mit der „gegenwärtigen Infrastruktur“ festhalten werden. Bei den Ausbaubefürwortern in SPD und CDU

herrschte schon im Wirtschaftsausschuss Enttäuschung, während die Grünen die Entscheidung als „Sieg der Vernunft“ feierten. Im Ausschuss war die Vorlage mit den Stimmen von Schwarz-Grün und bei Enthaltung der SPD durchgekommen. Die SPD fordert in einem Ergänzungsantrag ein Bekenntnis zum Standort und den Mitarbeitern. Der Rat soll zudem der Bewilligung von 2,193 Millionen Euro für die als dringend notwendig erachteten Sicherheitsmaßnahmen für den Flughafen – ein neuer Zaun und der Oberflächenbelag für die Start- und Landebahn – zustimmen.

Das schwarz-grüne Bündnis setzt sich für ein Mehrgenerationenhaus

ein, das ein offener Treff für alle, ob jung oder alt, gesund oder krank, sein soll. In einem Prüfauftrag an die Verwaltung verweisen die sozialpolitischen Sprecher, Sönke Lintzen (CDU) und Regina Rosin (Grüne), auf Förderprogramme: Der Bund unterstützt die Gründung solcher Häuser fünf Jahre lang mit 40000 Euro pro Jahr. Ein weiteres Anliegen: In Kiel soll es heller werden. Von der Verwaltung will Schwarz-Grün daher wissen, wie sich mit Hilfe eines Lichtkonzepts die Beleuchtung der Stadt verbessern lassen könnte. Dabei geht es weniger um Straßenbeleuchtung, sondern darum, Kiels markante Punkte in der City heller strahlen zu lassen.

Als sicher gilt die Zustimmung für die Sparkassen-Fusion: Die Sparkassen Kiel, Eckernförde und Kreis Plön wollen sich zur „Förde Sparkasse“ zusammenschließen und einen Zweckverband gründen. Einig sind sich auch alle Fraktionen darin, dass die Verwaltung zusammen mit Verbänden ein Leitbild für Menschen mit Behinderungen entwerfen und eine entsprechende Projektgruppe einsetzen soll. Diese soll Maßnahmen und Projekte empfehlen, um Menschen mit Behinderungen den Alltag in Kiel zu erleichtern.

Ob Vergnügungssteuer, Tiefgarage unter dem Rathaus oder Spundwandsanierung „Seeburg“ und „Düsternbrook“ – die allermeisten

Punkte werden glatt durchgehen. Zündstoff liegt jedoch im Thema Personalpolitik der Verwaltung: So stellt Alexander Möller (SPD) eine Anfrage, wie teuer die Stadt die Einrichtung der Stelle eines „Kulturreferenten“ kommt, wie die Kosten gedeckt werden und wie die Stelle vor dem Hintergrund des Einstellungsstopps und Sparkurses der Stadt zu bewerten sind. Wie berichtet, ist der Fraktionsvize der Grünen, Rainer Pasternak, für die Stelle vorgesehen.

Die Kieler RathausRunde im OK Kiel behandelt die Themen Mehrgenerationenhäuser und Menschen mit Behinderung. Die Aufzeichnung wird heute um 13 Uhr gesendet und um 20 Uhr wiederholt.